

Thesen zur feministischen Sozialpolitikanalyse

Kickbusch, Ilona

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kickbusch, I. (1981). Thesen zur feministischen Sozialpolitikanalyse. In J. Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980* (S. 414-416). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-407017>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Thesen zur feministischen Sozialpolitikanalyse

Ilona Kickbusch (für das Autorinnenkollektiv „Feministische Sozialpolitik“ der Sektion Frauenforschung)

I. Kritik sozialpolitischer Erklärungsmodelle

Feministische Forschung im Bereich Sozialpolitik beinhaltet Kritik der sozialpolitischen Erklärungsmodelle, die die Erwerbsarbeit (Lohnarbeit) zum Ausgangspunkt haben. Für Frauen gilt nicht, daß das Fundament aller Fetischisierung von Beziehungen der Lohnfetisch ist. Dagegen setzt die feministische Sozialpolitikanalyse die These von der doppelten Vergesellschaftung von Frauen:

1. auf der Ebene der Familienproduktion (patriarchalische Vergesellschaftung)
2. auf der Ebene der Erwerbsarbeit (kapitalistische Vergesellschaftung).

Frauen sehen sich einem breiten Spektrum von Reproduktionspolitiken gegenüber, einem staatlich regulierten Lebenszusammenhang z.B. in den Bereichen Wohnen, Familie, Erziehung, Bildung, Medizin. Wir betrachten die Sozialpolitik als staatliche Organisation der unbezahlten Frauenarbeit und des weiblichen Lebenszusammenhangs. Hier gilt es weiterhin, historische und theoretische Arbeit zu leisten, z.B. zu verdeutlichen, daß die uns bekannte „Hausarbeit“ eine historische Form der Familienproduktion ist. Die isolierte Familienarbeit der Hausfrau ist Produkt des Kapitalismus und deutlich zu unterscheiden von der Familienproduktion in vor-kapitalistischen Haushalten. Zugleich bleibt eine historische Gemeinsamkeit dieser Formen bestehen: die Ehe/Familie als patriarchalisches Arbeitsverhältnis.

Demzufolge ist feministische Sozialpolitikanalyse Institutionenkritik auf zwei Ebenen: erstens der Institution Familie und zweitens der sozialpolitischen Leistungsbereiche.

II. Defizitanalyse

Feministische Forschung im Bereich der Sozialpolitik ist auch Defizitanalyse: sie zeigt die Diskriminierung der Frauen im System sozialer Sicherheit auf. Sie leistet Institutionenkritik, indem sie aufzeigt, wie in der herrschenden Sozialpolitik die Lebenslage von Frauen in einzelne sozialen Rollen zersplittert wird und je nach Bedarf die eine oder andere Rolle betont wird. Durch das Aufzeigen der Subsumtion der Frauen in sozialpolitische Rollen wird die Kritik der Sozialpolitik

zur Herrschaftskritik, die patriarchalische und kapitalistische Dimensionen einzelner Politiken zu verdeutlichen anstrebt. Drei Analyseschritte bieten sich an:

1. Sozialpolitik für die Frauen manifestiert sich vorrangig als *kompensierende Hilfe* zur Familienproduktion. Sie tritt ein, wenn familiäre Reproduktionsleistungen versagen bzw. wo die „soziale Sicherheit“ der Frau durch die Ehe/den Ehemann (allein) nicht mehr gewährleistet ist, z.B. bei Tod, Scheidung, Erziehungsleistungen. Die sozialpolitische Zielgruppe „Familie“ verdeckt den Zielpunkt „weibliche Dienstleistungen“.
2. Sozialpolitik für die Frauen ist in zweiter Linie *Schutzpolitik*, d.h. die „natürliche Rolle der Frau“ soll im Erwerbsleben (!) geschützt werden. Die ersten sozialpolitischen Leistungen überhaupt finden sich in diesem Bereich. Ein „Mehr“ dieser Art von Sozialpolitik führt eher zu mehr Ausgrenzung als zu mehr realem Schutz und unterstützt ein bestimmtes Rollenverständnis. Die Ambivalenz solcher Schutzpolitik zeigt sich in staatlichen (Nicht-)Reaktionen auf Gewalt gegen Frauen.
3. Sozialpolitik für die Frauen ist *Ordnungspolitik*, d.h. der Versuch der Kontrolle und Organisation unbezahlter weiblicher Dienstleistungen und der weiblichen Gebärfähigkeit. Gesellschaftliche Probleme (z.B. geringer Geburtenzuwachs, Abbau sozialer Leistungen) sollen durch Anpassung der Frauen, bzw. durch ihre Mehrarbeit gelöst werden. Ein typisches Beispiel aus dem Familienbericht: nicht weil Mütter in einem unwürdigen Zustand leben, muß etwas für sie getan werden, sondern weil der Bestand der Gesellschaft in Gefahr ist.

In den durchaus vorhandenen Widersprüchlichkeiten des Familienberichts zeigt sich die staatspolitische Suche nach historisch neuen Möglichkeiten der Absicherung der Reproduktionsleistungen durch die Frauen – ohne Patriarchat oder Kapital zu sehr in die Quere zu kommen. Zugleich läßt sich ein Wandel des Kontrolltypus feststellen: die Dominanz patriarchalischer Herrschaftsformen unter scheinbar neutralen, sachgesetzlichen Leistungssystemen (z.B. § 218 Beratung).

III. Wahlfreiheit vs no-win Situation

Die feministische Sozialpolitikanalyse arbeitet mit der Prämisse, daß die existierende Sozialpolitik keine eigenständige Lebensführung der Frauen ermöglicht. Der Familienbericht verdeckt diesen Tatbestand mit dem Begriff der „Wahlfreiheit“ – eine feministische Analyse hingegen verdeutlicht die no-win Situation. Neue rechtliche Regelungen (z.B. Rentengesetzgebung, Mutterschaftsurlaub, Arbeitsmarktpolitik) verfestigen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Frauen, die die Wahlfreiheit zwischen den ihnen „ermöglichten“ Rollen wahrnehmen, haben hinterher keine mehr.

Auf der individuell-biographischen Ebene sehen sich Frauen unter einem chronischen Entscheidungszwang, ohne daß eine Lösung eine wirklich eigenständige Lebensführung, d.i. ein Recht auf sich selbst, ermöglichen würde. Rechtliche Regelungen nehmen auf den dualen Lebenszusammenhang der Frau keine Rücksicht und setzen ihn zugleich voraus. Diese Flexibilität der Frauen ist bisher zu einseitig auf den Arbeitsmarkt hin analysiert worden, nicht aber auf die unbezahlten Dienstleistungen (sei es Hausarbeit, Kinderversorgung oder die Vielzahl freiwilliger

liger Laiendienste). In den USA wird dieses Phänomen als „the super woman squeeze“ bezeichnet. Zusammengerechnet erbringen dann Frauen mindestens 2/3 der gesamten gesellschaftlichen Arbeitskraft.

IV. Weitere Aufgaben

Für die feministische Sozialpolitikforschung ergeben sich als weitere Aufgaben:

1. die Analyse des theoretischen Zusammenhanges und Zusammenhaltes der Familienproduktion neuen Typs mit sozialpolitischen Maßnahmen, d.i. das Verhältnis zwischen patriarchaler und kapitalistischer Vergesellschaftung.
2. die Analyse von konkreter Sozialpolitik als ein Ordnungsprinzip weiblichen Lebenszusammenhangs. Dabei müssen die Fragen nicht von den klassischen sozialpolitischen Feldern ausgehen sondern von weiblichen Zuschreibungen, z.B. die gesetzliche/ideologische Organisation von Liebe und Pflege als bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen.
3. von daher Kriterien zu entwickeln und zu diskutieren, die die Erfahrungen feministischer „alternativer“ Sozialleistungen (Frauenhäuser, Beratung, Selbsthilfe usw.) miteinbeziehen. Beispiele solcher Orientierungspunkte werden im Referat der Gruppe „Feministische Sozialpolitik“ vorgestellt.